

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Thüringer Landtag

**3** Debatte: Warum die LINKE die Absenkung des Wahlalters fordert

**6** Serie: Wie die Thüringer PDS-Fraktion 1990 in die Parlamentsarbeit startete

**8** Porträt: Der Haushälter der Linksfraktion im Landtag, Ronald Hande

## Fingerübungen

Eine Papierfabrik, ein Obstkonservenhersteller, ein Astronomiemuseum oder ein Feriendorf: Auf seiner Sommertour hat Bodo Ramelow dutzende Ziele fern der städtischen Zentren besucht. Der Ministerpräsident wollte sich dabei auch „darüber informieren, wie die Thüringer mit den Folgen der Corona-Krise umgehen“, so konnte man vorab aus Medien erfahren.

Die Thüringentour ist vorbei, über viele der Stationen, die Ramelow dabei besucht hat, konnte man in der Regionalpresse ausführlich lesen. Aber auch Politiker\*innen anderer Parteien hatten ihre Sommer-Schlagzeilen. Mancher ist dabei als „Urlauber“ bezeichnet worden. Nun wird man niemandem Ferien missgönnen wollen, vor allem nicht viel beschäftigten Politiker\*innen. Aber es macht schon einen Unterschied, ob da einer unterwegs ist, um sein Ohr bei den Leuten zu haben. Oder ob einer aus der Ferne Schulnoten für politisches Betragen anderer Leute gibt.

Zumal Zeugnisse am Ende nicht von den Parteien selbst oder Politiker\*innen ausgestellt werden, die sich für Höheres berufen fühlen. Sondern von den Wähler\*innen – und wie die aktuell denken, dafür gibt es Umfragen: „Ohne und gegen die LINKE kann in Thüringen nicht regiert werden“, hieß es zu den jüngsten Zahlen über die parteipolitische Stimmungslage im Freistaat: 35 Prozent für die Partei des Ministerpräsidenten. Solche Werte holt man natürlich nicht mit Sommertouren allein. Aber Beliebtheit wächst offenbar eher durch Zuhören und nicht so sehr durch erhobene Zeigefinger. Zumal, wenn diese in die Höhe gereckt werden aufgrund eines anderen, politische Empörung über Rechtsradikale und also persönliche Haltung ausdrückenden Fingers. Sie wissen schon, worum es geht.

Nun hat es auch zu diesem Fall eine Umfrage gegeben. Und nein, es ist wahrlich keine Überraschung, dass eine drastische Geste des Ministerpräsidenten auch bei Wähler\*innen auf Kritik stößt. Sogar unter denen der eigenen Partei kommt das vor. Aber: Man kann zu einem ausgestreckten Mittelfinger eine ablehnende Haltung haben, und trotzdem anerkennen, was den Mann ausmacht, der darüber ausreichend selbstkritische Worte gefunden hat. Das ist etwas anderes, als sich an dem Thema auch dann noch selbst parteipolitisch gesundstoßen zu wollen, wenn es für die allermeisten längst vorbei ist.

Ihre Redaktion



## Geschichte im Landtag

Vor 100 Jahren konstituierte sich der erste Thüringer Landtag im Weimarer Fürstenhaus. An die damaligen Abgeordneten erinnert derzeit eine Ausstellung. Zwei Frauen waren damals darunter: Emma Sachse und Marie Schulz. Ein Schwerpunkt über Lebenswege und feministische Politik.



## Linker Ticker

Nach mehreren rechtsradikalen und rassistischen Angriffen auf Menschen in Thüringen hat die Sprecherin für Antifaschismus und Antirassismus der Linksfraktion, **Katharina König-Preuss**, mehr Personal für die Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, „ezra“, gefordert. „Angesichts massiver rechter Gewalt mit zahlreichen Betroffenen müssen wir dafür sorgen, dass eine adäquate Unterstützung für Betroffene auch gewährleistet werden kann.“ +++ Mit einer klaren Absage hat die arbeits- und gewerkschaftspolitische Sprecherin der Linksfraktion, **Lena Saniye Güngör**, auf neuerliche Forderungen reagiert, das Arbeitsverbot an Sonntagen für den Einzelhandel in Thüringen auszusetzen. Die Profitinteressen einiger Unternehmer\*innen dürften nicht dazu führen, dass die Belastungen für Beschäftigte weiter erhöht werden. „Der arbeitsfreie Sonntag ist in unserer Verfassung verankert und bedeutet für viele Menschen im Einzelhandel einen verlässlichen freien Tag, an dem sie sich von oft überlangen Ladenöffnungszeiten erholen können“, so Güngör. +++ Nach dem Tod eines Gefangenen in der Justizvollzugsanstalt Tonna hat die Vorsitzende der Strafvollzugskommission, die LINKE-Abgeordnete **Karola Stange**, rasche Aufklärung gefordert. Die Sprecherin für Justiz der Linksfraktion, **Iris Martin-Gehl**, kündigte an, dass sich der zuständige Landtagsausschuss mit der Sache nach den Plenarferien befassen werde. +++ Vor dem Hintergrund neuer Zahlen über die verbreitete Armut von Kindern in der Bundesrepublik hat die familienpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, **Cordula Eger**, die rasche Umsetzung einer Kindergrundsicherung verlangt. „Der Bund muss endlich handeln“, die Corona-Krise habe diese Situation noch verschärft. **Daniel Reinhardt**, Sprecher für frühkindliche Bildung, sagte, „aus persönlicher Erfahrung weiß ich, was es bedeutet, wenn in der Familie kein Geld für Urlaub, Kino oder Ferienlager da ist“. Reinhardt wies darauf hin, dass in Thüringen der Familienurlaub bis zum 31. Dezember 2020 durch das „Sonderprogramm Familienerholung“ gefördert wird.

### Impressum

Herausgeberin:  
Fraktion DIE LINKE, im Thüringer Landtag  
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt  
Redaktion: Olaf Weichler (V.i.S.d.P.)  
Telefon: 0361 377-2620  
E-Mail: weichler@die-linke-thl.de  
www.die-linke-thl.de  
Redaktionsschluss: 6. August 2020

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugswweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.



Foto: Ineedawsomepics / Pixabay

## „Alle sehr wütend“

### Der Bund blockiert humanitäre Landesprogramme zur Aufnahme von Geflüchteten

Nach einem gegen das rot-rot-grün regierte Land Berlin gerichteten Verbot des Bundesinnenministeriums, mehr Geflüchtete von den völlig überlasteten griechischen Inseln zu übernehmen, steuert der Streit um humanitäre Landesprogramme auf einen neuen Höhepunkt zu. CSU-Ressortchef Horst Seehofer hatte der Hauptstadt-Koalition Ende Juli die Zustimmung für die vom Senat beschlossene Initiative verweigert, 300 Menschen freiwillig und zusätzlich Zuflucht zu gewähren.

Rot-Rot-Grün in Berlin reagierte mit deutlicher Kritik. „Das macht uns im Senat alle sehr wütend“, so der Regierende Bürgermeister Michael Müller von der SPD im Rundfunk, wo er auch von einem „politischen Skandal“ sprach. Der Berliner LINKEN-Abgeordnete Udo Wolf nannte Seehofers Verweigerung der Aufnahme von Geflüchteten aus den griechischen Lagern durch das Land Berlin „unterlassene Hilfeleistung aus allerniedrigsten Beweggründen“. Und die Berliner Bundestagsabgeordnete Canan Bayram von den Grünen adressierte den CSU-Mann direkt: „Herr Seehofer, schämen Sie sich“, die Situation der Menschen in den griechischen Lagern sei menschenunwürdig. Auch die Grünen-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Katrin Göring-Eckardt, wurde deutlich: „Es ist nicht nachvollziehbar, warum das Bundesinnenministerium die Aufnahmebereitschaft engagierter Bundesländer wie Berlin und Thüringen in den Wind schlägt.“

Seehofers Veto ist eine Premiere, bisher wurde einem aufnahmewilligen Bundesland noch kein formelles Nein des Bundesministeriums übermittelt. Die Debatte ist damit aber noch längst nicht zu Ende. Auch Thüringen will mehr Geflüchtete von griechischen Inseln aufnehmen, auch hier hat die rot-rot-grüne Regierung ein entsprechendes Landesprogramm beschlossen.

Bisher, so die LINKEN-Abgeordnete Katharina König-Preuss, liege zwar noch keine Antwort des Bundesinnenministeriums bezüglich der Thüringer Landesaufnahmeanordnung vor. Sie gehe aber davon aus, „dass auch Thüringen eine entsprechende Ablehnung erhalten wird“. Für diesen Fall sei es nötig, eine entsprechende Klage gegen das Bundesinnenministerium zu prüfen und umzusetzen: „Entsprechende Rechtsgutachten, die das Vorgehen Thüringens und Berlins unterstützen, liegen längst vor“, so König-Preuss. „Der Abschottungspolitik Seehofers muss ein Riegel vorgeschoben werden. Auch auf juristischem Weg.“

Der Sprecher für Migrationspolitik der Linksfraktion, Patrick Beier, erneuerte ebenfalls die Forderung, Geflüchtete zusätzlich aufzunehmen. „Thüringen hat sich stets solidarisch gezeigt und bietet auch aktuell Schutzsuchenden Platz. Wir haben die Kapazitäten, wir haben den Willen, Menschen endlich dort rauszuholen.“ Im April hatten unter anderem mehrere Abgeordnete der rot-rot-grünen Fraktionen einen Offenen Brief unterzeichnet. Darin hieß es: „Wir wissen, es ist schwierig oder – so die Aussage einiger – unmöglich, ohne Zustimmung des Bundes Geflüchtete aus Griechenland zu holen. Wir wollen und werden unterstützen, dass auch scheinbar Unmögliches versucht wird, alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft sowie unkonventionelle Wege gegangen werden, um Menschen zu retten und ihnen ein würdiges Leben zu ermöglichen.“

Der „Tagesspiegel“ erinnerte daran, dass Seehofers Staatssekretär Stephan Mayer noch Anfang des Jahres erklärt hatte, bisher habe das Innenressort einem aufnahmewilligen Land noch nie sein Ja verweigert. Verwiesen wird auch in anderen Zeitungen auf Aufnahmeprogramme, mit denen zusätzliche

Kontingente ermöglicht wurden – mit Zustimmung aus dem Bundesinnenministerium. Etwa für Syrer\*innen oder spezielle verfolgte Gruppen, wie sie Baden-Württemberg und Brandenburg etwa für Jesiden aufgelegt hatten.

Seehofer stellt sich nun auf den Standpunkt, die Aufnahmeprogramme Berlins und Thüringens seien anders zu bewerten, da diesmal Geflüchtete aus einem anderen EU-Staat übernommen werden sollen. Dies kollidiere mit laufenden Bemühungen, das Dublin-System und die EU-Asylpolitik zu reformieren, so Seehofer. Doch Kritiker\*innen sehen hierin vor allem eine Hinhalte-taktik. Die Behauptung, eine europäische Lösung – so denn eine wirklich humanitäre Variante angesichts von rechtsautoritären Regierungen und anderen Migrationsgegnern auf EU-Ebene überhaupt erreichbar scheint – könne durch „nationale Alleingänge“ gefährdet werden, sei wenig überzeugend.

Zumal die Lage der Menschen in den Lagern mit solchen taktischen Fragen nicht zu beantworten ist. Berichte von katastrophalen hygienischen Zuständen, Lebensmittelknappheit oder menschenunwürdiger Unterbringung hat es viele gegeben. Die furchtbaren Zustände für die Menschen auf den griechischen Inseln sind seit Langem nicht nur bekannt, immer wieder wird auch auf eine schnelle und humanitäre Lösung gedrängt. Es sei nicht nachvollziehbar, so hat es der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Heinrich Bedford-Strohm, formuliert, warum Seehofer die Hilfsbereitschaft der rot-rot-grünen Landesregierungen in Berlin und Thüringen blockiere. Jedes zusätzliche Engagement müsse „mehr als willkommen“ sein, so Bedford-Strohm mit Blick auf Angebote aus Ländern, Kirchen und Zivilgesellschaft. „Ich verstehe nicht, warum der Innenminister hier nicht zustimmt.“ PR



# Ein weiterer wichtiger Baustein

Debatte um Absenkung des Wahlalters: LINKE für mehr Mitbestimmung von jungen Menschen

Es ist inzwischen 50 Jahre her, dass das Wahlalter auf Bundesebene herabgesetzt wurde – mit dem Schritt von 21 auf 18 Jahre wollte seinerzeit SPD-Kanzler Willy Brandt mehr Demokratie wagen. Anlässlich des Jahrestags Ende Juli ist nun die Diskussion über eine mögliche Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahren neu entflammt. Die Linkspartei fordert dies schon länger, die Grünen ebenso. Und nun sind auch Stimmen aus der SPD-Spitze in diese Richtung laut geworden. Aus der Union hingegen hört man ablehnende Stimmen.

Auch Anja Müller hofft nun nicht nur auf eine ernsthafte Debatte „über den Ausbau der Demokratie für die jungen Menschen“. Die Sprecherin für Demokratie in der Thüringer Linksfraktion setzt darauf, dass eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre auch auf Landesebene in Thüringen bald kommt. Dies „wäre ein weiterer wichtiger Baustein, damit junge Menschen mitentscheiden können“. Ein entsprechendes Gesetz, welches die rot-rot-grünen Koalitionsparteien in den Landtag eingebracht haben, liegt inzwischen im Verfassungsausschuss. Für die Änderung des Wahlalters auf 16 Jahren wäre die Koalition auf die CDU angewiesen, da eine Verfassungsänderung nur mit Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament erfolgreich sein kann.

„Ob die Christdemokraten aber genau so fortschrittlich sind, wie Willy Brandt vor 50 Jahren, bleibt zu hoffen“, sagt Anja Müller. Dass damit nicht unbedingt in allen Fällen zu rechnen ist, demonstrierte die CDU-Landtagsabgeordnete Beate Meißner, die mit Blick auf die Herabsetzung des Wahlalters von einer „Scheindebatte mit sommerlochfüllendem Charakter“ sprach.

Vielleicht wirken ja neuere wissenschaftliche Erkenntnisse in der Union überzeugend. Müller verweist auf die neueste Ausgabe der Sinus-Jugend-Studie, die zeigt, dass die Jugendlichen ernster und besorgter sind als noch vor ein paar Jahren. Das lasse aufhorchen, so die Abgeordnete, „die Sorge um den sozialen Abstieg und den Übergang ins Erwachsenenleben und den Beruf, der Klimawandel und der Umweltschutz, aber auch der erhöhte Leistungsdruck sowie der notorische Zeitmangel und die Angst vor Misserfolgen sind Gründe, die die Jugendlichen von heute ernster und besorgter sein lassen“. Für Müller sind das „genügend Anzeichen, um eine Debatte um die Mitbestimmung von jungen Menschen in der Gesellschaft und im Parlament zu führen“.

Für Rückenwind sorgt auch noch eine weitere Studie, in der die Politikwissenschaftler Thorsten Faas und Arndt Leininger von der Freien Universität Berlin zu dem Ergebnis kommen, es gebe „wenig, was gegen eine Absenkung des Wahlalters spricht“. Sie haben mehrere Tausend junge Menschen befragt – in Brandenburg und in Sachsen. Während im Märkischen im vergangenen September auch 16- und 17-Jährige bei der Landtagswahl mit



Foto: dmmewndrich / Pixabay

abstimmen durften, war das ihren Altersgenoss\*innen im Freistaat verwehrt. Ergebnis der Studie: Wählen mit 16 habe „großes Potenzial“, sei „aber kein Selbstläufer“. Man müsse insbesondere darauf achten und hinwirken, dass mit der Absenkung des Wahlalters nicht auch die soziale Ungleichheit der Wahlbeteiligung ansteige, so Faas. Bei der Untersuchung sei festgestellt worden, dass es zwar möglich sei, durch ein niedrigeres Wahlalter junge Menschen zu Hause oder in der Schule mit Politik in Verbindung zu bringen, allerdings vor allem „in privilegierten heimischen oder schulischen Kontexten“. Im Sinne einer gleichmäßigen Beteiligung und damit einer demokratischen Gleichheit sollten begleitend zur Absenkung des Wahlalters „daher gezielte flankierende Maßnahmen“ ergriffen werden.

In einem FAZ-Beitrag hat Faas die Herausforderung näher erläutert. „Mit einer Senkung des Wahlalters von 18 auf 16 Jahren geht also einher, dass das durchschnittliche Erstwahlalter um zwei Jahre sinkt. Manche werden aber trotzdem weiter erst mit 18 oder 19 ihre erste konkrete Wahlerfahrung machen – also zu einem Zeitpunkt, zu dem sie

etwa die Schule bereits verlassen haben. Dies aber führt zum viel wichtigeren Punkt: Wem kommen letztlich die positiven Effekte, die sich aus den positiven Impulsen in der Schule oder dem eigenen Elternhaus ergeben, zugute? Wer besucht mit 17 noch die Schule und wohnt zu Hause? Mit höherer Wahrscheinlichkeit werden dies junge Menschen sein, die das Abitur anstreben – und die damit ohnehin schon eine höhere Wahrscheinlichkeit haben, aus einem politisierten, wahlaffinen Umfeld zu kommen.“

Jupp Legrand von der Otto-Brenner-Stiftung, der Wissenschaftsstiftung der IG Metall, die die Studie ermöglicht hat, ist mit Blick auf die Ergebnisse „der Ansicht, dass die anstehende und überfällige Reform des Bundestagswahlrechts zum Anlass genommen werden sollte, auch über bestehende Wahlrechtsausschlüsse neu nachzudenken“. Auf Landesebene darf bereits in Brandenburg, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein mit 16 gewählt werden. Bei Kommunalwahlen gibt es ein Wahlrecht ab 16 bereits in elf Bundesländern. Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz, das Saarland und Sachsen halten bisher grundsätzlich am Wahlrecht ab 18 fest.

Ein Argument, das im politischen Schlagabtausch über das Wahlalter öfter zu hören ist: Dies würden ohnehin nur Parteien vorschlagen, die selbst davon profitieren, weil sie – wie etwa die Grünen – proportional größeren Zuspruch unter Jüngeren finden. Doch das erweist sich meist als Polemik. Christian Hirte, der neuer CDU-Chef in Thüringen werden will, twitterte mit Blick auf Forderung nach Absenkung des Wahlalters, dabei würde es unter anderem der SPD nur um das „Retten von Wählerstimmen“ gehen. Worauf der Juso-Chef Kevin Kühnert trocken antwortete: „Ein Blick auf die letzten Wahlergebnisse der SPD sortiert nach Alterskohorten hätte Ihre Vermutung unmittelbar widerlegt.“

Dies gilt auch für Thüringen, wo die Sozialdemokraten bei den Landtagswahlen 2019 in der Altersgruppe von 18 bis 24 mit gerade einmal 5 Prozent weit unterdurchschnittlich abschnitten. Auch die Linkspartei, die zuletzt vor allem in größeren Städten neue und jüngere Wählermilieus ansprechen konnte, gilt unter dem Strich in Thüringen: Die größten Wahlerfolge werden bisher in den älteren Jahrgängen eingefahren. So wie übrigens auch bei der CDU im Freistaat. PR



## Gesichter hinter der Geschichte

### Eine Ausstellung über Abgeordnete des ersten Thüringer Landtags

Es war das Ende jahrhundertelanger Kleinstaaterie und der Beginn der Geschichte Thüringens: Mit der Novemberrevolution von 1918 und der Abdankung der Monarchen kam der schrittweise und konfliktreiche Prozess zur Bildung eines Freistaates in Gang. Der trat am 1. Mai 1920 ins Leben, zunächst noch als „kleinthüringische“ Lösung.

Doch auch wenn die preußischen Regionen und Erfurt dem neuen Land noch fernblieb, so war doch der Schritt des Jahres 1920 ein großer, ein historischer. Er ermöglichte auch, dass aus den Kleinstaatenparlamenten der einstigen Herzog- und Fürstentümer eine souveräne Volksvertretung werden konnte. Weimar wurde Landeshauptstadt – in einer Weimarer Republik, deren Existenz im März 1920 durch einen rechtsreaktionären Putschversuch gefährdet war. Auch in Thüringen war es damals zu blutigen Kämpfen gekommen; die Arbeiter\*innenschaft mobilisierte per Generalstreik den Widerstand.

Nur wenige Monate nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch fanden in Thüringen Wahlen statt, die linke USPD obsiegte mit fast 28 Prozent, die Mehrheits-SPD erhielt gut 20, die linksliberale DDP gut 7 Prozent. Da die drei rechten Fraktionen von Landbund, DVP und DNVP eine Gemeinschaft bilden, ziehen die beiden sozialdemokratischen Fraktionen nach. Erst im November 1920 konnte ein vom Liberalen Arnold Paulssen geführtes MSPD-DDP-Minderheitskabinett unter Duldung der USPD gewählt werden. Während der parlamentarischen Sommerpause waren zuvor vier USPD-Abgeordnete zur KPD übergetreten, die nun ebenfalls mit einer eigenen Fraktion im Landtag vertreten war.

Wer waren diese Abgeordneten des ersten Thüringer Landtags? Darüber gibt eine aktuelle Ausstellung im Thüringer Landtag Auskunft. „Parlamentsarbeit wird von den Menschen geprägt“, hat die linke Landtagspräsidentin Birgit Keller zum Start der Schau gesagt. „Deshalb zeigen wir erstmals die Biografien und Gesichter des ersten Thüringer Landtags von 1920. So werden die Geschichten hinter den Gesetzen und Parlamentsakten erlebbar. Das macht unsere Ausstellung so spannend.“

Die auf Tafeln präsentierten Kurzbiografien der 56 Männer und Frauen sind teilweise unvollständig – Interessierte seien eingeladen, noch bestehende Lücken füllen zu helfen. Die Ausstellung kann von Gruppen bis zu zehn Personen im Landtag nach vorheriger Anmeldung oder im Netz unter [www.dein-landtag.de](http://www.dein-landtag.de) besichtigt werden. PR



Foto: Lukas Krause

## Scharfe Logik, schlagfertiger Humor

### Emma Sachse und Marie Schulz: die ersten beiden Frauen im Thüringer Landtag

Vor einigen Wochen hat das Urteil des Verfassungsgerichtshofes zum rot-roten Paritätsgesetz die Debatte um mehr gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Politik und Parlamenten neu entfacht. Als der erste Thüringer Landtag Ende Juli 1920 im Weimarer Fürstenthaus zusammentrat, waren unter den 56 Parlamentarier\*innen gerade einmal zwei Frauen. Emma Sachse von den Sozialdemokraten und Marie Schulz von der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei.

Sachse war 1887 in Göttingen in einer Arbeiterfamilie als sechstes von neun Kindern zur Welt gekommen. Armut beherrschte den Alltag. Der Vater ungelerner Wegewärter, trugen die Mutter und die Kinder durch Heimarbeit zum Lebensunterhalt maßgeblich bei. Nach dem Schulunterricht hatte Emma wie die Geschwister beim Abwiegen und Einpacken von Seifenpulver für eine Seifenfabrik zu helfen. Nach sechs Jahren in der Volksschule arbeitete sie als Kinderwärterin in anderen Familien und wurde als 15-Jährige Dienstmädchen in Leipzig.

Hier erlebte sie „den diametralen Gegensatz in den Lebensmöglichkeiten zwischen den unterdrückten und den herrschenden Klassen“, wie es in einem Internetlexikon heißt. In der Messestadt lernte Sachse ihren späteren Ehemann kennen, einen Buchdrucker aus Altenburg. „Sie bildete sich durch die sozialistische Tagespresse ‚Leipziger

Volkszeitung‘ und die Frauenzeitschrift ‚Die Gleichheit‘ weiter und wurde eine engagierte Kämpferin für den Sozialismus, eine unterdrückungsfreie und frauenfreundliche Gesellschaft.“

Nach dem Umzug nach Altenburg 1913 trat Emma Sachse in die SPD ein und machte sich dort nicht zuletzt mit feministischen Themen einen Namen; unter anderem als Gesandte der sozialistischen Frauen Ostthüringens auf einer Reichsfrauentagung der SPD in Kassel nach Ende des Ersten Weltkriegs. Die Rechte der Frauen blieben ihr eine Herzensangelegenheit auch nach der Wahl in den ersten Thüringer Landtag 1920. Dort profilierte sie sich auf vielen Fachgebieten, war später unter anderem Vertreterin der SPD-Fraktion im Haushaltsausschuss, im Ausschuss für Gesetzgebung und Ver-

waltung, im Ausschuss für Gesetzgebung und Sozialpolitik sowie stellvertretend im Gesuchsausschuss tätig.

Seit Beginn der Weimarer Republik hatte Emma Sachse sich für die Bildung von Frauengruppen in der SPD engagiert und war zudem bei der Gründung von Ortsgruppen der Arbeiterwohlfahrt aktiv. Die AWO war 1919 von der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Marie Juchacz in Berlin gegründet worden, um eine sozialpolitische Interessenvertretung der Arbeiter\*innenschaft zu ermöglichen, die zugleich Alternative zu den kirchlichen Wohlfahrtsverbänden sein sollte. Auch in Thüringen bildeten sich in den 1920er Jahren – nicht zuletzt Dank des Engagements von Emma Sachse – zahlreiche lokale Gruppen. Wie auch in anderen Teilen des Landes organisierten sie „Nähstuben, Volksküchen, Werkstätten, Beratungsstellen oder Ferienverschickungen und Stadtranderholungen für Kinder. Verarmte, Invaliden oder Kranke werden in Haushalten der Nachbarschaft untergebracht. Die Aktionen werden fast komplett aus Spenden finanziert“, wie es bei der Thüringer AWO heute im Rückblick heißt: „Neben der konkreten Nachbarschaftshilfe spielt die Sozialpolitik eine wichtige Rolle. AWO-Mitglieder arbeiten in den Wohlfahrtsausschüssen von Städten und Gemeinden, als Jugendschöffen, in Sozialrentnerausschüssen oder in den örtlichen Waisenräten.“



Emma Sachse

© Stadtarchiv Altenburg





www.dein-landtag.de

Emma Sachse übernahm Ende der 1920er Jahre den Vorsitz im AWO-Landesausschuss des Bezirkes Großthüringen „und half dabei mit, das Elend vieler Arbeiterfamilien zu lindern“. Den Widerstand gegen die Nazis konnte das NS-Regime auch durch ihre Festnahme in „Schutzhaft“ 1933 im Altenburger Gefängnis nicht brechen. Sie unterstützte nach der Freilassung die antifaschistische Bewegung, wurde aber 1944 erneut von NS-Schergen inhaftiert und ins KZ Ravensbrück deportiert. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs nahm Emma Sachse ihre Arbeit für die SPD wieder auf, befürwortete die Vereinigung von SPD und KPD. Doch das Engagement im Landesvorstand der Thüringer SED und im Parteivorstand in Berlin währte nicht lange. Nach einem halbjährigen Erholungsurlaub 1948 „erhielt sie als ehemals führendes SPD-Mitglied keine bedeutende politische Funktion mehr“.

Fast 30 Jahre zuvor war Sachse im Thüringer Landtag auf Marie Schulz getroffen, die andere der beiden ersten Parlamentarierinnen im damals noch „kleinthüringischen“ Freistaat – das preußische Thüringen hatte die Landesgründung zunächst nicht mitgemacht. Getagt wurde 1920 im Weimarer „Fürstenhaus“ am Fürstenplatz, der heute Platz der Demokratie heißt. Schulz hatte bereits zuvor im Landtag Reuß als Abgeordnete gewirkt, im Thüringer Parlament avancierte sie als Vertreterin der



Marie Schulz

© Alfred Ahner Stiftung

kleinsten Fraktion „zur redestärksten Politikerin im Landtag von Thüringen und einzigen weiblichen Fraktionsvorsitzenden“, wie es in der aktuellen Landtagsausstellung heißt.

Marie Schulz war 1882 in Schlesien in der Familie eines lokalpolitisch aktiven Fabrikdirektors zur Welt gekommen. Sie konnte die städtische höhere Mädchenschule besuchen und machte das Abitur. Was für ein Kontrast zu den Lebensumständen der nur fünf Jahre jüngeren Emma Sachse. Doch 1897 starb Schulz' Vater, die Mutter erkrankte schwer, der Bruder Fritz kümmerte sich fortan um die Familie, die nach Freiburg im Breisgau umsiedelte, wo Hoffnung auf bessere Studienbedingungen für Marie bestand. 1909 konnte sie als eine der ersten Histori-

kerinnen in Deutschland promovieren und wurde kurz darauf Lehrerin in Gera.

Doch auch Marie Schulz hatte eine starke politische Ader. Gemeinsam mit ihrem Bruder Fritz gehörte sie 1918 zu den Gründungsmitglied\*innen der DDP, die aus der Fortschrittlichen Volkspartei hervorgegangen war. Schon im Kaiserreich hatte es punktuelle Kooperationen mit den Sozialdemokraten gegeben. Nun, im Thüringer Landtag, wurden die Fäden wieder aufgenommen: Marie Schulz und Emma Sachse wirkten vor allem bei Initiativen für die Gleichstellung von Frauen zusammen. 1921 brachten beide gemeinsam einen Antrag auf „Zulassung der Frauen zu juristischen Berufen und Tätigkeiten“ ins Thüringer Parlament ein.

Marie Schulz hat nicht zuletzt als Bildungspolitikern Spuren hinterlassen. Sie engagierte sich zudem vehement gegen den immer stärker werdenden Antisemitismus im Thüringen jener Jahre. „Wir halten den Antisemitismus für eine überaus gefährliche Volkskrankheit“, so formulierte es Schulz einmal, „die sich jetzt im Gefolge des Krieges zu einer ganz besonderen Höhe und Gefährlichkeit entwickelt hat.“ Auch in Fragen des Urheberrechts brachte Marie Schulz ihren Sachverstand ein – in der „Literarischen Sachverständigenkammer“ im Thüringischen Justizministerium.

1928 legte Schulz ihr Abgeordnetenmandat nieder um wieder als Oberstudienrätin an der Zabelschule in Gera zu wirken. Die Repressionen des NS-Regimes erfuhr sie unmittelbar 1933, ein Jahr später wurde sie auf der Grundlage des faschistischen „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamten-tums“ aus dem Schuldienst verdrängt – die NS-Regelung ermöglichte dies bei Beamt\*innen, „die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, dass sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten“.

Marie Schulz war damals 51 Jahre und starb bald darauf in Hindelang im Allgäu. „Ihre männlichen Kollegen erkannten die kluge, mutige und fleißige Parlamentarierin voll an, schätzten ihre Zuverlässigkeit in Gesetzesberatungen und ihre scharfe Logik“, hieß es 1935 in einem Nachruf, der in der Zeitschrift „Die Frau“ erschien. „Der klaren und gewandten Rednerin schenkte das ganze Haus stets seine volle Aufmerksamkeit, zumal ihre Ausführungen oft recht schlagfertig und humorvoll waren.“ PR

Heike Stange: Die parlamentarische Arbeit von Frauen in Thüringen und ihre politischen Biographien, in: „Jetzt endlich können die Frauen Abgeordnete werden!“ Thüringer Parlamentarierinnen und ihre Politik, Schriften zur Geschichte des Parlamentarismus in Thüringen, Bd. 20, hrsg.v. Thüringer Landtag, Erfurt und Weimar 2003, 256 Seiten.



## 30 Jahre

Im Herbst 1990 konstituierte sich die erste PDS-Fraktion im Thüringer Landtag. Seither sind drei Jahrzehnte vergangen. Die LINKE ist inzwischen stärkste Kraft und stellt den Ministerpräsidenten. In dieser Serie blicken wir zurück auf 30 Jahre PDS- und Linksfraktion.

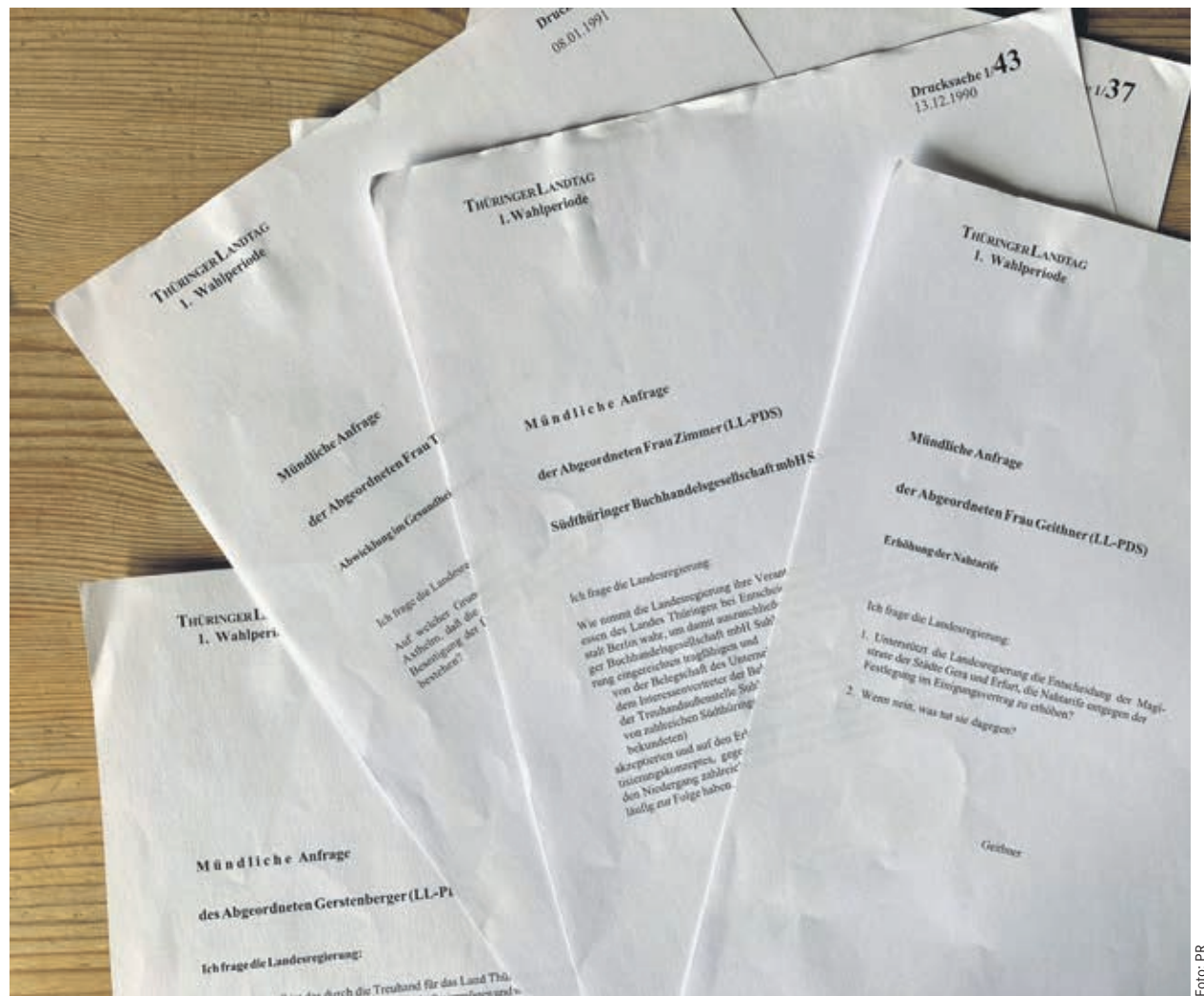


Foto: PR

# „Sind Hilfen für die UdSSR geplant?“

Erste Male im Thüringer Landtag: Wie die Linke Liste/PDS 1990 in die parlamentarische Arbeit startete

Kooperation in der Opposition, das war in der ersten Legislaturperiode des Thüringer Landtags ab 1990 schon angesichts der Mehrheitsverhältnisse eine sinnvoller Weg. Und so beantragte die Linke Liste-PDS-Fraktion gemeinsam mit SPD und Neues Forum/Grüne/Demokratie Jetzt schon ein paar Wochen nach der Konstituierung des Parlaments eine Aktuelle Stunde: „Lage der Hoch- und Fachschulen“.

Aber auch darüber hinaus verschloss sich die PDS nicht dem Gemeinsamen, wo dies nützlich war. Zum Beispiel bei einem der ersten von allen Fraktionen getragenen Anträge im Haus – mit dem die Landesregierung Ende November 1990 aufgefordert wurde, die Verwendung von Recyclingpapier in Landesbehörden durchzusetzen.

Und wo wir schon bei Premieren sind, die auch etwas über lange verfolgte politische Schwerpunkte aussagen: Michael Gerstenbergers erste mündliche Anfrage als PDS-Abgeordneter war der Frage gewidmet, wie groß das durch die Treuhandanstalt für Thüringen verwaltete frühere Industrie- und Landwirtschaftsvermögen ist und wie viel davon mit welchem Ertrag und welchen Arbeitsplatzgarantien bereits verkauft worden sei.

Cornelia Geithner, später Nitzpon, wollte von der Landesregierung in ihrer allerersten mündlichen Anfrage wissen, was diese gegen die sozial folgenreiche Erhöhung von Nahverkehrstari- fen in Gera und Erfurt zu tun gedenke.

Tamara Thierbach interessierte sich für die Abwicklung im Gesundheitswesen, die von der CDU-FDP-Koalition als Chance für die Beseitigung angeblicher Überversorgung bezeichnet wurde.

Gabi Zimmer erkundigte sich anlässlich des durch die Treuhandanstalt zu verantwortenden Niedergangs zahlreicher Südthüringer Buchhandelseinrichtungen danach, inwiefern die Landesregierung auf Bundesebene die Interessen der Thüringer Beschäftigten und der Wirtschaft überhaupt vertrete. Die nächste Anfrage von Zimmer hatte den Protest zahlreicher Bürger\*innen „gegen die sozial nicht verträgliche Erhöhung der Preise bzw. Gebühren für Mieten, Wasser, Energie und Müllentsorgung“ zum Anlass.

Klaus Höpcke wollte von der CDU-FDP-Koalition wissen, welche Erlöse die Treuhandanstalt beim Verkauf Thüringer Betriebe erzielt und wie sie diese verwendet. Peter Dietls erste mündliche Anfrage als PDS-Fraktionär war dem Schutz der Thüringer Landwirtschaft gewidmet. Joachim Koch ging es bei seiner Premiere um die Frage, ob die damals von den Justizministern der Länder vorgesehene drastische Einschränkung der Rechtsmittel „dem Willen der Bevölkerung entsprechen“. Und Roland Hahnemann interessierte sich für den Stellenabbau in der Thüringer Wissenschaft. Allesamt Themen, die auch später wieder und wieder von der PDS-Fraktion auf die Bühne des Landtags gebracht wurden.

Jörg Pöse, als Vertreter der Vereinigten Linken auf der offenen PDS-Liste ins Parlament gekommen, hat 1990 die erste Mündliche Anfrage im Thüringer Landtag seitens der damaligen Fraktion überhaupt gestellt. Das Thema mag von heute aus betrachtet überraschend erscheinen, im historischen Kontext spielte es durchaus eine wichtige Rolle.

„Sind von der Thüringer Landesregierung aus Hilfssendungen für die Bürgerinnen und Bürger der UdSSR geplant?“, erkundigte er sich auf Drucksache 1/37 des Landtags. Durch die Sowjetunion, hieß es damals im „Spiegel“, krieche „die Not, mal fehlt Mehl, mal Brot, finden sich in den Ladenregalen kaum noch Teigwaren, gilt Kindergrieß landesweit als Luxus – denn Kinder-nahrung wie auch etwa Medikamente fanden im Plan keinen Platz“. Und weiter: „Das Elend der Russen greift den Deutschen ans Herz. Sie sammeln wie nie zuvor.“

Bis zum Ende des Jahres 1990 erreichte der Spendenstand für die Russlandhilfe über 150 Millionen D-Mark, meldeten die Zeitungen. Auch in Thüringen, wie aus der Antwort zu Pöses Mündlicher Anfrage hervorgeht. „Es gingen 120 Tonnen Nahrungsmittel, Fleischkonserven sowie Hygieneartikel am Sammelplatz Erfurter Interklub ein. Auch auf das Spendenkonto bei der Erfurter Volksbank wurde eine beachtliche Summe zur Linderung konkreter Nöte eingezahlt.“ Ein Staatssekretär dankte im Namen der Landesregierung

„zehn Tage vor Weihnachten, dass wir trotz mancherlei Probleme in relativem Wohlstand feiern können“.

Das Wörtchen relativ passte hier ganz gut, denn auch in der Bundesrepublik, die nun seit knapp drei Monaten eine „wiedervereinigte“ war, wuchsen die Sorgen und Nöte. Politisch war die Zeit ohnehin eine rasende; kaum hatte der Landtag seine Arbeit im Weimarer Nationaltheater aufgenommen, ging auch schon der Wahlkampf zu den Bundestagswahlen am 2. Dezember los. Während die PDS in Thüringen dabei 8,2 Prozent der gültigen Stimmen erzielt, muss im Landtag die Arbeit organisiert werden. Erste Mitarbeiter\*innen werden eingestellt, Räume werden bezogen.

Unter denen, die von Anfang an dabei waren, sind mit Marion Möller und Andreas Schuster zwei heute immer noch an Bord der Fraktion, Möller als Sachbearbeiterin in der Geschäftsstelle, Schuster als Experte für Haushalt und Finanzen. Und auch André Blechschmidt, später langjähriger Parlamentarischer Geschäftsführer, hat damals angeheuert: als Mitarbeiter von Klaus Höpcke. Denn auch die Wahlkreisbüros müssen schnell besetzt werden, um vor Ort nahe bei den Bürger\*innen zu sein. Die haben gerade in jener Zeit viele Fragen, wollen Anliegen zur Kenntnis geben, um Hilfe bitten. Kümern wird zu einem Markenzeichen der PDS.

Nächster Teil: Weiße Armbinden



## Verwundbarkeit der Eigentumslosen

Zur aktuellen Ausgabe der Zeitschrift „Prokla“

Die Corona-Krise beschleunigt gesellschaftspolitische Debatten und vermag bisweilen sogar, ihnen neue Richtung zu geben. Über die Eigentumsfrage wird schon länger leidenschaftlich gestritten, mit der Pandemie und ihren sozialen wie ökonomischen Folgen scheint nun aber abermals ein höheres Plateau erreicht. Da wird öffentlich überlegt, Fleischkonzerne wie Tönnies zu enteignen, bei denen allzu offensichtlich Arbeitskraft ausgebeutet wird. Da wird öffentlich beraten, wie weit Rettungsstaatlichungen gehen sollen, um Unternehmen zu stützen, die in die Krise geraten sind. Und schon vor Corona hatten der Berliner Mietendeckel oder Vorstöße wie jener von Juso-Chef Kevin Kühnert, der die Kollektivierung von Großunternehmen zur Debatte stellte, für neue Kritik an Eigentumsverhältnissen gesorgt.

„Die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie stürzte viele Menschen, wie die Ökonomie insgesamt, nach kurzer Zeit in eine existenzielle Krise“, heißt es in einem der Texte des Schwerpunktes des aktuellen Ausgabe der „Prokla“. Die Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft nimmt sich „Die Politische Ökonomie des Eigentums“ vor und blickt darauf, „welche Grundfesten die kapitalistische Gesellschaftsordnung ausmachen – Privateigentum an Produk-

tionsmitteln und Grund und Boden – und welches profane Interesse damit verbunden ist, sobald dieses eine Größe jenseits von kleineren Handwerksbetrieben oder dem selbstgenutzten Eigenheim erreicht.“

Gastredakteurin Sabine Nuss, die unlängst mit dem Buch „Keine Enteignung ist auch keine Lösung“ (Verlag Karl Dietz Berlin) hervorgetreten ist, analysiert den Mangel an Resilienz, also der Tatsache, dass eine reiche Gesellschaft nicht in der Lage zu sein scheint, mit einer Pandemie auf der Höhe ihrer Möglichkeiten fertigzuwerden: „Das ist kein allgemein gesellschaftliches Problem, sondern verweist auf die herrschenden Eigentumsverhältnisse, die meist nicht als Ursache für diese sozialen Verwundbarkeiten in den Blick geraten.“ Dies unternimmt nun die von ihr kuratierte „Prokla“-Ausgabe und spart dabei die Suche nach Alternativen zur bestehenden Ordnung nicht aus. Was können Wirtschaftsdemokratie oder solidarische Ökonomie gegen eine Eigentumslogik ausrichten, in der die „Verwundbarkeit der Eigentumslosen“ nicht nur zu Zeiten einer Pandemie zum Ausdruck kommt? PR

Die Politische Ökonomie des Eigentums, Prokla Nr. 199 (2020), Bertz+Fischer Berlin. Infos und Bezug: prokla.de

## Progressives Mitte-Unten-Bündnis

Dierk Hirschel über sozial-ökologische Reformpolitik

Wer aufmerksam Zeitungen liest, kommt an den vielen Meldungen nicht vorbei, in denen neueste Ergebnisse von Studien zur Ungleichheit vorgestellt werden. Ob es nun die klaffende Lücke zwischen den Wenigen ist, die einen übergroßen Anteil am Vermögen besitzen, und dabei größeren Teilen der Gesellschaft all die Probleme überhelfen, die entstehen, wenn man vermögenslos ist. Ob es die Ungleichheit zwischen dem globalen Norden und Süden ist, zwischen den Geschlechtern, zwischen Ost und West und so weiter – „das 21. Jahrhundert droht ein Jahrhundert der extremen Ungleichheit zu werden“, so heißt es in der Ankündigung zum neuesten Buch von Dierk Hirschel. Der Volkswirt ist Chefökonom bei der Gewerkschaft ver.di, zudem sitzt er seit 2012 in der SPD-Grundwertekommission.

„Die Klassengesellschaft kehrt zurück – auch in Deutschland“, heißt es beim Bonner Dietz Verlag weiter. Und auch wenn die Frage naheliegt, ob denn die Klassengesellschaft in der jüngeren Vergangenheit überhaupt weg war, ist an Hirschels Befunden vieles richtig: Soziale Spaltung gefährdet Demokratie, Raubbau an der Natur zerstört Zukunft, Klimawandel, Armut und Kriege zwingen Millionen Menschen zur Flucht. „Verantwortlich dafür ist ein entfesselter, sozial und öko-

logisch blinder Kapitalismus.“ Was also tun?

Hirschels Buch bringt Vorschläge für eine progressive Lösung des Problems zusammen. Im Vorwort beschreibt Ex-ver.di-Chef Frank Bsirske die Stoßrichtung: Es gehe um eine sozial-ökologische Reformpolitik, „die die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Menschen verbessert und dadurch die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zugunsten eines Mitte-Links-Bündnisses verändert“, ein „Bündnis von unteren und mittleren Arbeitnehmermilieus mit progressiven bürgerlichen Kräften“.

Es geht also um die Wiederherstellung und Ausweitung gesellschaftlicher Macht über die Wirtschaft, eine Vorbedingung zum Zurückdrängen der Folgen von Profitlogik. Denn Geschichte wird von Menschenhand gemacht, und ist also auch niemals alternativlos. Hirschel, der im Rennen um den SPD-Vorsitz war, denkt hier über die Revitalisierung der Gewerkschaften nach, darüber, wie eine gelingende Erneuerung der Sozialdemokratie aussehen könnte und „warum die Linkspartei noch gebraucht wird“. PR

Dierk Hirschel: Das Gift der Ungleichheit. Wie wir die Gesellschaft vor einem sozial und ökologisch zerstörerischen Kapitalismus schützen können, Verlag J.H.W. Dietz Nachf. Bonn 2020, 256 Seiten, 22 Euro.

### Unzitiert

Auch aus Steinen, die dir in den Weg gelegt werden, kannst du etwas Schönes bauen. Das ist ein kluger Satz. Dass er hier nicht als Zitat steht, hat seinen Grund. Gern wird das Sprichwort Erich Kästner zugeschrieben, auch Goethe hatte bereits die Ehre, als Urheber genannt zu werden. Doch wie Expert\*innen versichern, ist der Satz weder in den Schriften des einen noch des anderen zu finden. Warum die Belege hier nicht wörtlich wiedergegeben sind? Wer weiß, womöglich würde sich später herausstellen, dass auch diese in Wahrheit so gar nirgendwo standen. Und so bleibt die Wahrheit lieber: unzitiert.



Ronald Hande ist 43 Jahre alt, verheiratet und hat vier Kinder. Seit 2019 ist er haushalts- und finanzpolitischer Sprecher und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Landtag. Neben Beruf, Familie, Gartenarbeit und Sport bleibt für die selbst ernannte „Leserratte“ immer noch Zeit für ein gutes Buch.

**E**s ist ein sonniger Dienstagmorgen im sommerlichen Erfurt. Eigentlich befinden wir uns gerade mitten in einer Wahlkreiswoche, in der die Abgeordneten aufgrund facettenreicher Termine im Thüringer Umland das Hohe Haus der Hauptstadt eher selten zu Gesicht bekommen. Doch für unsere neue Video-Interview-Reihe „Dialog mit Sinn“ hat sich Ronald Hande bereitwillig zu uns in den Landtag begeben.

Gerade noch saß er in seinem Bürgerbüro in Schmalkalden, einer Kleinstadt mit rund 20.000 Bewohner\*innen südwestlich des Thüringer Waldes. Sein Büro wird von Bürger\*innen mit verschiedensten Problemen aufgesucht, seien es Themen wie Straßenausbaubeiträge, Fragen des Sozialrechts oder Komplikationen mit dem Arbeitgeber. Hande hilft dort, wo er kann: „Wir versuchen erst einmal gemeinsam, die Sachlage zu sortieren und Optionen aufzuzeigen. Als Abgeordneter hat man manchmal Möglichkeiten, die andere Leute vielleicht nicht haben, denn man kennt viele kommunale Akteur\*innen persönlich und kann dadurch einiges einfach durch ein Telefonat oder ein persönliches Gespräch im Sinne der Menschen klären.“

Auch bei Fragen zu Petitionen vermittelt Hande allzeit hilfsbereit. Schließlich kann er aufgrund seiner mehrjährigen Mitgliedschaft im Petitionsausschuss in der vergangenen Legislaturperiode einiges an Erfahrung vorweisen. Für den heutigen Haushalts- und Finanzpolitiker sei diese Zeit besonders lehrreich gewesen: „Petitionen sind das Fieberthermometer der Gesellschaft“, sagt er. „Gerade als Neuling im Parlamentsgeschehen erhält man dort einen weiten Einblick in die gesamte Landespolitik, denn der Bereich Petitionen ist komplett ressortübergreifend. Ob Kindergarten, Umwelt oder Sozialgesetze. Besonders interessant sind die vermeintlich kleinen Themen, die aber für die Leute vor Ort sehr groß und bedeutsam sind. Wenn jemand zu mir kommt, möchte ich helfen und am Ende auch ein möglichst positives Ergebnis haben.“

Hande spricht besonnen und abgklärt, wirkt mit seinen 43 Jahren schon wie ein alter Hase im Politikbetrieb. Doch sein Werdegang sei lange Zeit gar nicht vorhersehbar gewesen. „In meiner Jugend habe ich mit Politik nicht viel am Hut gehabt. Dann kam meine Wehrdienstzeit bei der Bundeswehr. Was ich dort gesehen und gefühlt habe, hat in mir Widersprüche hervorgerufen.“ Irgendwann konnte er das Erlebte



Foto: Lukas Krause

## „Ein logischer Schritt“

Bundeswehr und Grundeinkommen – Ronald Hande im Gespräch

und seine Zweifel bei der Frage nach der Sinnhaftigkeit des Soldatentums nicht mehr mit seinen Überzeugungen vereinbaren und beschloss, politisch aktiv zu werden. „Ich habe geschaut, welche Partei für Frieden und gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr steht. Da kam für mich nur eine in Frage: Die LINKE. Als ich 2007 in die Partei eintrat, wurde ich direkt mit offenen Armen empfangen.“ Und von da an ging es über Orts- und Kreisverbände bis in den Thüringer Landtag, in den er im April 2015 für Birgit Klaubert, zu jener Zeit Ministerin für Bildung, Jugend und Sport, nachrückte.

„Der Schwerpunkt linker Politik muss immer auf dem Menschen liegen, also dem Menschen als Individuum und nicht als Teil einer Wirtschaftsstruktur.“ Doch natürlich könne man selbst linke Politik auch in Zahlen gießen, was sich besonders bei der Haushaltspolitik widerspiegeln würde. Handes Aufgabe beinhaltet, durch bedachten und verantwortungsvollen Umgang mit den zur Verfügung stehenden Steuermitteln den finanziellen Nährboden zu bereiten, um die Projekte der Fachpolitiker\*innen zu ermöglichen. „Wir Haushaltspolitiker\*innen bilden sozusagen das Back-Office und steuern von dort aus die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Politik.“

Ein weiterer großer Themenkomplex der letzten Monate sei zweifelsohne die Ausgestaltung des Corona-Hilfspakets gewesen. Mit Mantelgesetz und Sondervermögen seien wichtige Maßnahmen unternommen worden, um regional ansässigen Firmen und Solo-Selbstständigen eine finanzielle Überbrückung zu ermöglichen. Hande gibt zu, „dass wir in der Kürze der Zeit und in diesem ersten Schritt manche Bereiche nicht vollständig abdecken konnten, auch wenn wir versucht haben, an alle zu denken und alle zu begünstigen. Dafür gibt es aber Möglichkeiten, um noch einmal nachzusteuern. Wenn sich zeigt, dass es an der einen oder anderen Stelle nicht richtig greift, werden wir Nachbesserungen am Sondervermögen vornehmen.“

Um wirtschaftliche Krisen in Zukunft sicherer und verlustärmer zu meistern, seien auch neue Wege in der Finanz- und Gesellschaftspolitik denkbar. Ronald Hande ist großer Anhänger der Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens, denn „es hätte uns als Gesellschaft viele Sorgen und viel Ärger ersparen können. Wir als LINKE planen ein Pilotprojekt, durch das ein bedingungsloses Grundeinkommen getestet und wissenschaftlich begleitet werden soll. Auch wenn es ein langer Weg ist, halte ich ihn für einen logischen und zukünftig notwendigen

Schritt.“ Im Gegensatz zu beitragsfinanzierten Leistungen wie ALG II, welches oft nicht ausreiche, um überhaupt die elementaren Lebenshaltungskosten abzudecken, sichere das BGE darüber hinausgehend auch eine kulturelle und soziale, gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen, egal ob Kind, Arbeitnehmer\*in oder Rentner\*in.

Nicht nur in möglichen Krisenzeiten kann das Grundeinkommen Antworten auf soziale Ungerechtigkeiten liefern, sondern auch auf den zunehmenden Verlust von Arbeitsplätzen durch die kaum aufzuhaltende Robotisierung und Rationalisierung in vielen Unternehmen und die immer schneller voranschreitende Transformation der Industrie. Gleichzeitig steigt die Zahl der Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, schon seit Jahren stetig. Freiwillige, unentgeltliche Arbeit als wichtiger Stützpfiler der Gesellschaft kann aber nur dann funktionieren, wenn diejenigen, die sie ausführen, keine eigenen Existenzängste fürchten müssen. Gute Gründe gäbe es jedenfalls genug, das bedingungslose Grundeinkommen zu testen und weiter zu erforschen. Die LINKE steht dafür bereit. *Lukas Krause*

Dialog mit Sinn: Das komplette Video-Interview zu diesem Artikel finden Sie auf [linke-thl.de/pr](http://linke-thl.de/pr)